

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

heute geht die letzte Sitzungswoche der
Legislatur zu Ende und es war nochmal
denkwürdig.

Als Opposition lassen wir es uns nicht nehmen,
eigene Anträge zu stellen. Anträge, die Probleme
adressieren und Lösungen anbieten. Vorhaben
die wir für Inhaltlich gegeben und richtig halten.
Diese Vorhaben werden in der Sache nicht
falsch, nur weil die Falschen zustimmen.

Falsch ist es in meinen Augen, dass aus
taktischen Erwägungen der Grünen und der SPD
keine Handlungsbereitschaft besteht an den
derzeitigen Herausforderungen bei der
irregulären Migration etwas zu ändern. Falsch ist
es, mit billigen Geschichtvergleichen im
Wahlkampf punkten zu wollen.

Unsere Werte sind klar, die Abgrenzung zum
Rechtsextremismus und damit zur AfD ist klar.
Deutlicher als Friedrich Merz kann man es nicht
sagen: Es gibt keine Zusammenarbeit und es
wird auch in Zukunft keine Zusammenarbeit mit
der AfD geben. Die Probleme dieser Zeit müssen
aus der Mitte heraus gelöst werden.

Offensichtlich haben sich zumindest Teile der
SPD und der Grünen aufgrund des Wahlkampfes
aus dieser Mitte der Gesellschaft verabschiedet.



Infos zu meiner Arbeit in Berlin sowie
spannende Themen und Anträge finden
Sie in meinem Newsletter.

**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Ingrid Pahlmann'. The signature is written in a cursive style.

Unsere Anträge und unser Gesetzentwurf für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration

Die abscheuliche Mordtat von Aschaffenburg, bei der zwei kleine Kinder Opfer eines brutalen Messerangriffs wurden, hat Trauer und Bestürzung in ganz Deutschland ausgelöst. Der Mord an einem der Kinder sowie an einem erwachsenen Mann, der zur Hilfe eilte und dafür mit seinem Leben bezahlte, verdeutlicht eine neue Dimension der Gewalt auf Deutschlands Straßen.



© Deutscher Bundestag / Tobias Koch

Aschaffenburg reiht sich ein in die Terroranschläge von Mannheim und Solingen und den Angriff auf den Weihnachtsmarkt von Magdeburg. Bei dem Täter handelt es sich um einen 28-jährigen afghanischen Asylsuchenden ohne Schutzanspruch, der ausreisepflichtig war. Er war zuvor bereits mehrfach durch Gewaltdelikte auffällig geworden; trotz vorübergehender Einweisung in psychiatrische Einrichtungen und bestehender Ausreisepflicht lief er frei herum.

Wir weigern uns anzuerkennen, dass dies die neue Normalität in Deutschland ist. Die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik gefährdet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und das Vertrauen der gesamten Gesellschaft in den Staat. Sie wird vom ganz überwiegenden Anteil der Menschen in Deutschland abgelehnt. Die Politik der letzten Jahre hat es versäumt, Kontrolle über die Migration zurückzugewinnen. Sie hat es versäumt, das geltende nationale Recht durchzusetzen, klare Regeln zu formulieren und Fehlanreize für illegale Migration – wie etwa überhöhte Sozialleistungen – zu beseitigen.

Wir haben in dieser Woche im Parlament die Initiative für einen grundlegenden Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit, für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration übernommen. Dazu haben wir zwei Anträge und einen Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt:

In unserem Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ wurden die zentralen Forderungen unseres Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz aufgegriffen: Dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Staatsgrenzen und Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche illegaler Einreise. Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden.



Der Bund soll die Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht noch mehr als bisher unterstützen, indem Bundesausreisezentren geschaffen werden. Die Bundespolizei soll zudem die Befugnis erhalten, bei ausreisepflichtigen Personen auch selbst und unmittelbar Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam zu beantragen.

Außerdem sollen ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann. Dieser Antrag hat am vergangenen Mittwoch – gegen die Stimmen von Rot-Grün – **eine Mehrheit** im Deutschen Bundestag erhalten.

In unserem Antrag „Für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit“ haben wir in 27 Forderungspunkten im Detail aufgezeigt, welche weiteren Maßnahmen für eine Wiederherstellung der Inneren Sicherheit erforderlich sind. Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören die Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität – insbesondere von Terrorverbrechen und Kinderpornografie – sowie zeitgemäße technische Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Mit gezielten Änderungen im Strafrecht wollen wir den Schutz von besonders vulnerablen Personen verbessern. Gleiches gilt für den Schutz von Polizeibeamten, Rettungskräften und Angehörigen der Gesundheitsberufe. Dieser Antrag hat gestern – gegen die Stimmen von Rot-Grün – **keine Mehrheit** im Deutschen Bundestag erhalten.

Mit unserem bereits im September 2024 nach dem Messeranschlag in Solingen eingebrachten Entwurf für ein Zustrombegrenzungsgesetz schlagen wir drei zentrale, schnell wirksame Maßnahmen vor: Wir wollen das Regelungsziel der „Begrenzung“ im Aufenthaltsgesetz wieder einführen. Das bedeutet, dass Behörden sich bei Ermessensentscheidungen im Aufenthaltsrecht gerade an dem Ziel der „Begrenzung“ der Migration orientieren müssen. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten – also zu solchen Asylsuchenden, die nicht individuell verfolgt werden, sondern nur aufgrund der Verhältnisse im Heimatland vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten – wollen wir beenden. Überdies weiten wir die Kompetenzen der Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts aus. Unser Zustrombegrenzungsgesetz wird am Freitag im Deutschen Bundestag abgestimmt werden.

Wir bedauern, dass alle Versuche, mit der von Olaf Scholz verantworteten Bundesregierung zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, in den letzten drei Jahren gescheitert sind. Es lag in der vergangenen Woche daher letztmalig in dieser Wahlperiode allein bei den Sozialdemokraten und den Grünen, ob es für unsere Vorschläge für eine Asylwende in der Mitte des Deutschen Bundestages noch eine parlamentarische Mehrheit gibt oder nicht. Bezüglich unserer beiden Anträge waren SPD und Grüne nicht in der Lage, gemeinsam mit uns die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit in Deutschland zu treffen.



Wir haben mit der AfD im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Selbstverständlich suchen wir eine Mehrheit in der demokratischen Mitte des Bundestages, deshalb haben wir allen demokratischen Fraktionen unsere Anträge zu Abstimmung zukommen lassen. SPD und Grüne konnten entscheiden, ob sie unseren Vorschlägen zustimmen. Wir waren selbstverständlich zu Gesprächen bereit, auch nach 3 Jahren sehr unzureichender Entscheidungen der Ampel in der Migrationspolitik. Aber jetzt mussten konkrete weitere Entscheidungen getroffen werden.

Ohne Zweifel: Die Demokratie ist in Gefahr, wenn Radikale an die Macht kommen. Deshalb werden wir alles tun, um genau das zu verhindern. Die Vermutungen und die Spekulationen, die Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung angestellt hat, sind niederträchtig und infam. Die Demokratie gerät auch in Gefahr, wenn eine gesellschaftliche und politische Minderheit – und SPD und Grüne sind eine kleiner werdende gesellschaftliche und politische Minderheit – die Radikalen als Werkzeug benutzt, um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu ignorieren.

Deshalb lassen wir uns von SPD und Grünen nicht mehr sagen, was wir zu tun und was wir nicht zu tun haben. Beide Fraktionen hatten am Freitag bei der Abstimmung über unser Zustrombegrenzungsgesetz erneut die Wahl. Sie haben ihre Entscheidung getroffen. Und es wurde jetzt auch ohne sie und in der Sache trotzdem richtig entschieden – wie bei der Abstimmung über unseren Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“. Denn: Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen. Sie bleibt richtig. Wir wissen die große Mehrheit der Bevölkerung, übrigens auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler, hinter uns.

Wir werden nach der Bundestagswahl alles dafür tun, dass wir nie wieder in eine solche Lage kommen, wie wir sie gestern zu unserem allergrößten Bedauern hier im Deutschen Bundestag diskutieren mussten.

Wer die illegale Migration beendet und den Rechtsstaat stärkt, entzieht auch Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage. Wir haben SPD, Grüne und FDP dazu aufgerufen, dass sie jetzt gemeinsam mit uns die notwendigen Schritte unternehmen, um die Ordnung an unseren Grenzen wiederherzustellen und die Verpflichtung des Staates zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Rot-Grün hat ihre Stimmen für eine Asylwende verweigert. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger duldet keinen Tag Aufschub.

Deutschland wieder nach vorne bringen – Für eine starke wirtschaftspolitische Agenda

Deutschland ist in einer schweren Wirtschaftskrise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen, es gibt 3 Insolvenzen in der Stunde. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr – trotz der demographischen Entwicklung. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. Der Standort Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit.

Die ehemalige Ampel-Regierung unter der Verantwortung von Olaf Scholz hat die wirtschaftliche Lage lange ignoriert, dann zu lange gestritten und ist letztlich auch an den Widersprüchen ihrer Haushaltshalts- und Wirtschaftspolitik gescheitert. Dabei hat Deutschland das Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen. Deutschland braucht endlich eine Politik, die das Innovations- und Leistungspotenzial freisetzt und Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.



Dafür schlagen wir eine Agenda 2030 vor, mit der unser Wirtschafts- und Industriestandort wieder gestärkt, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu einem prioritären politischen Ziel gemacht, Bürokratie der Kampf angesagt und unsere Exportwirtschaft krisenfest gemacht wird. Diese Agenda 2030 umfasst vordringliche wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, die schrittweise Senkung der Steuerbelastung für thesaurierte (ausgeschüttete) Gewinne auf 25 Prozent und die Entlastung von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Darüber hinaus stehen in unserer Agenda 2030 die Belohnung von Mehrarbeit, eine Fachkräfteoffensive mit einer digitalen „Work-and-Stay-Agentur“ (Vermittlungsagentur), die Rückgängigmachung des Verbrennerverbots und eine Neuausrichtung der CO2-Flottenziele. Überdies stellen wir ein Innovationsfreiheitsgesetz, Gründerschutzzonen und ein modernes Forschungsdatengesetz in den Mittelpunkt. Unsere Exportwirtschaft werden wir krisenfest machen, indem wir die internationale Zusammenarbeit gezielt an unseren strategischen Wirtschaftsinteressen ausrichten und pragmatische Handelsabkommen abschließen.

Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist gescheitert. Es braucht einen echten Politikwechsel hin zu neuem Aufschwung, Wachstum und Wohlstand. Ohne eine starke Wirtschaft gibt es keinen starken Sozialstaat. Nach zwei Jahren Rezession ist es höchste Zeit, mit einer entschlossenen und durchdachten wirtschaftspolitischen Agenda wieder für Aufbruch und Zuversicht zu sorgen. Dazu unterbreiten wir mit unserer Agenda 2030 sehr konkrete Vorschläge, wie wir die Rahmenbedingungen für unseren Wirtschafts- und Industriestandort verbessern, Forschung und Innovation fördern, Bürokratie auf nationaler und europäischer Ebene zurückbauen und unsere Exportwirtschaft stärken. Denn nur mit einer starken Wirtschaft können wir unseren Sozialstaat und sichere Arbeitsplätze erhalten.

Unsere Landwirtschaft vielfältig, leistungsstark und nachhaltig ausgestalten“ aus Anlass der Grünen Woche

Die Grüne Woche hat verdeutlicht: Die Anliegen der Beschäftigten in der deutschen Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft müssen stärker in den politischen Blickpunkt gelangen. Nur wenn es diesen Betrieben in ihrer ganzen Vielfalt wirtschaftlich gut geht, gibt es eine verlässliche regionale Wertschöpfung und Versorgung. Nur mit einer starken Landwirtschaft lässt sich die Ernährung zu bezahlbaren Preisen sichern. Nur dann können Ackerland, Wiesen und Wälder nachhaltig genutzt werden.

Wir wollen eine florierende Landwirtschaft und intakte ländliche Räume. In den zurückliegenden drei Jahren Ampel-Regierung hatten Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaftsbetriebe eine Politik auf ihrem Rücken erlebt. Mit unserem Antrag legen wir nun einen Plan vor, um auch in der Landwirtschaft einen echten Politikwechsel zu erreichen.



- Zu unseren Kernforderungen zählen:
 - Die Agrardieselmrückvergütung in der Land- und Forstwirtschaft werden wir wiedereinführen und die finanziellen Lasten aus Steuern und Abgaben auf maximal die EU-Durchschnittsbelastung begrenzen.
 - Darüber hinaus werden wir uns für die Stärkung einer ressourceneffizienten Landwirtschaft einsetzen und gleichzeitig nationale regulatorische Alleingänge, die die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland einschränken, beenden. Hierzu zählt ein entschiedener Bürokratierückbau, etwa die Abschaffung der „Stoffstrombilanz“.
 - Wir wollen eine planungssichere Priorisierung von Investitionen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – unabhängig davon, ob der jeweilige Betrieb konventionell oder ökologisch ausgerichtet ist.

Wir bekennen uns zu einer vielfältigen und starken Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Deutschland. Dafür braucht es einen Politikwechsel: Kleine Stellschrauben zu verändern, wird nicht ausreichen. Die Politik der nächsten Bundesregierung wird entscheidend sein für den Bestand der Landwirtschaft in Deutschland und der ländlichen Räume insgesamt. Unser Politikangebot ist ein Dreiklang: Entfesselung, Innovationen und Investitionen. Dazu braucht es eine neue Kultur der Anerkennung gegenüber der Leistung der Landwirte. Wir brauchen Freiheit für Innovationen, damit die Landwirte wieder Freude an der Arbeit und an Investitionen haben. Darüber hinaus brauchen wir einen konsequenten Bürokratierückbau, denn entscheidend ist die Hofarbeit und nicht die Schreibtischzeit.

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschieden entgegentreten

Mit unserem Antrag Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschieden entgegentreten setzen wir ein klares Zeichen gegen antisemitische Vorfälle an Schulen, Hochschulen und im Wissenschaftsbetrieb. Bedrohungen und körperlichen Angriffen gegen jüdische Schülerinnen und Schüler, gegen Studenten und Lehrer treten wir entschieden entgegen. Die dramatische Zunahme antisemitischer Vorfälle – allein 4.782 Vorfälle im Jahr 2023, 471 davon in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen – zeigt den akuten Handlungsbedarf. Nach umfangreicher – und leider auch langwieriger – Beratung mit den Fraktionen von SPD, Grünen und FDP haben sich diese entschlossen, unserem Antrag beizutreten und diesen ebenfalls zu unterstützen. Gemeinsam fordern wir eine gezielte Forschungsförderung zu neuen Formen des Antisemitismus, den Ausbau der jüdischen Gegenwartsforschung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gegen jede Form von Antisemitismus. Zudem müssen antisemitische Straftaten konsequent geahndet und Hochschulen bei der Durchsetzung von Disziplinarmaßnahmen unterstützt werden. Zudem ist Antisemitismusprävention an Schulen und Hochschulen essenziell. Deshalb setzen wir uns für verpflichtende Bildungsmaßnahmen und die konsequente Umsetzung der IHRA-Definition (Antisemitismus-Definition) ein. Jegliche Formen der Israelfeindlichkeit – dazu zählen insbesondere BDS-Aktivitäten – müssen unterbunden werden. Die Wissenschaftsfreiheit hat in Deutschland Verfassungsrang. Antisemitismus, Ausgrenzung und Ausschreitungen sind inakzeptabel und haben mit Wissenschaftsfreiheit nichts zu tun.

Heimatpolitik der Bundesregierung – Pläne zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Im Plenum des Deutschen Bundestages debattieren wir die Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage Heimatpolitik der Bundesregierung – Pläne zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mit unserer Anfrage haben wir überprüft, ob im Bundesinnenministerium eine sinnvolle und zielgerichtete Verwendung von Steuermitteln für die Heimatpolitik erfolgt. Die Heimatabteilung des Bundesinnenministeriums umfasst 152 Beamte. Dennoch konnte sie unter Ministerin Nancy Faeser keine wesentlichen Ergebnisse vorweisen. Während unter Horst Seehofer noch Konzepte für gleichwertige Lebensverhältnisse erarbeitet wurden, fanden unter Faeser kaum Initiativen oder Kooperationen mit den Ländern statt. In der Debatte werden wir eine klare Neuausrichtung der Heimatpolitik fordern: Die Heimatabteilung muss stärker in die Integration von Migranten, den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie die Infrastrukturentwicklung eingebunden werden. Wir wollen, dass Steuermittel für Projekte verwendet werden, die gleichwertige Lebensverhältnisse wirklich voranbringen – und nicht für ineffiziente Verwaltungsstrukturen vergeudet werden. Die Bundesregierung muss eine effektive Nutzung der personell üppig ausgestatteten Heimatabteilung sicherstellen.

Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt

Nach langen, intensiven und konstruktiven Gesprächen wurde in dieser Woche zwischen Union, SPD und Grünen eine Einigung erreicht. Das Gewalthilfegesetz kommt und damit auch der Rechtsanspruch auf Schutzplätze und Beratung. Der Bund beteiligt sich erstmalig an der Finanzierung des Gewalthilfesystems in einer Höhe von 2,6 Milliarden Euro.

Der Rechtsanspruch bedeutet einen Paradigmenwechsel für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Der Bund übernimmt Verantwortung und wird die Länder in der Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen finanziell unterstützen. Explizit wird damit auch die Hilfestruktur und die Prävention gestärkt. Seit Jahren ist die Situation in den Frauenhäusern und Beratungsstellen angespannt. Der Handlungsbedarf ist extrem groß. Laut dem Lagebild „Geschlechtsspezifische Gewalt“ von 2023 begeht in Deutschland fast jeden Tag ein Mann einen Femizid. Knapp 400 Frau-en am Tag wurden Opfer von Partnerschaftsgewalt. In den vergangenen Jahren sind diese Zahlen deutlich gestiegen: Nun handeln die Fraktionen von SPD, CDU/CSU und Grünen mit einem historischen Schulterchluss und lösen ein, was Fachverbände, die Zivilgesellschaft und Expertinnen und Experten seit Jahren fordern.

Gesetz zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze – Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt

Mit unserem Gesetzentwurf, den wir abschließend in zweiter und dritter Lesung beraten, stärken wir den Schutz von Frauen nach einer Fehlgeburt. Bisher sind Mutterschutzfristen nur bei einer Entbindung ab der 24. Schwangerschaftswoche oder einem Geburtsgewicht von mindestens 500 Gramm vorgesehen. Dies wird der emotionalen und körperlichen Belastung betroffener Frauen nicht gerecht. Wir wollen deshalb gestaffelte Mutterschutzfristen ab der 13. Schwangerschaftswoche einführen. Die Bindung zum ungeborenen Kind intensiviert sich ab diesem Zeitpunkt – deshalb stellt eine Fehlgeburt eine erhebliche psychische Belastung dar. Ein Beschäftigungsverbot nach einer Fehlgeburt gilt künftig automatisch, es sei denn, die Frau entscheidet sich ausdrücklich für eine frühere Rückkehr an den Arbeitsplatz. Arbeitgeber erhalten eine vollständige Erstattung der mutterschutzrechtlichen Leistungen. Unser Ziel ist es, betroffenen Frauen Schutz und Sicherheit zu bieten – ohne bürokratische Hürden. Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP haben angekündigt, unserem Entwurf ebenfalls zustimmen zu wollen.

Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

In einem weiteren fraktionsübergreifenden Antrag Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen haben - wir uns für eine bessere Unterstützung betroffener Kinder und ihrer Eltern eingesetzt. Der Antrag wird gemeinsam von unserer Fraktion und den Fraktionen von SPD, Grünen und FDP getragen und in dieser Woche in abschließender Lesung beraten. Jedes vierte Kind in Deutschland wächst mit einem psychisch erkrankten oder suchtkranken Elternteil auf. Es hat ein deutlich erhöhtes Risiko, selbst psychische Probleme zu entwickeln. Die Corona-Pandemie hat diese Problematik zusätzlich verschärft. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern ein bundesweit koordiniertes Hilfesystem aufzubauen. Dazu gehören ein flächendeckendes Angebot an „Frühen Hilfen“, eine stärkere Förderung der seelischen Gesundheit im Präventionsgesetz und eine bessere psychotherapeutische Versorgung – auch direkt in Kitas und Schulen. Wir wollen Kinder nicht mit den Herausforderungen ihrer familiären Situation allein lassen und frühzeitig handeln, um langfristige gesundheitliche und soziale Folgen zu verhindern.

Grüne Woche



Andreas Hensel BfR



Messerungang mit Friedrich Merz!



Fraktionskollegen Dr. Vogt und Dieter Stier

AG Kommunales



Klausurtagung der Landesgruppe mit Marian Meyer



Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Neujahrsempfang der Landesgruppe mit Verabschiedung



Gedenkstunde zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus



Abschiedsgeschenk der Landesgruppe / alle Reden von mir im Plenum



**Weiterhin möchte ich
auf meine Bürgersprechstunde
hinweisen:**

Als Abgeordnete im Bundestag verstehe ich mich als Ihre Interessensvertreterin. Die beste Gelegenheit für ein Gespräch ist im Rahmen meiner Bürgersprechstunde.

Während der Bürgersprechstunde besteht die Möglichkeit, Probleme, Vorschläge und Sachverhalte in vertrauensvollem Rahmen mitzuteilen.

instagram

facebook

Wenden Sie sich bitte für die Terminabsprache per E-Mail unter ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de an mein Büro.

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de